Wirtschaftsbücher

Schaden für die Demokratie

Wer einmal die „1000 ganz legalen Steuertricks“ von Konz gekauft hat, kennt das Gefühl, an der Grenze zum Steuerbetrug gerade noch einmal auf der richtigen Seite gelandet zu sein und doch das meiste für sich herausgeholt zu haben. Wer noch stärker davon angetan ist, Steuern zu sparen, hat vielleicht auch schon einmal flüchtig daran gedacht, einen Teil seines Geldes im Ausland anzulegen.

Die Trickserei hat lange Tradition. Schon im 18. Jahrhundert nutzten ausländische Händler die Insel Jersey als Warenumschlagplatz, um englische Zölle zu umgehen. Die Engländer selbst waren nicht besser: Offiziere, die gegen Napoleon gekämpft hatten, zogen sich auf die Insel zurück und sparten die Abgaben auf ihre Pensionen. Heute sind die Kunden des Steuerparadieses Jersey Auslandsbriten in sechsstelliger Zahl, die in Afrika und andernorts arbeiten, aber auch Steuerhinterzieher aus aller Welt. Ob nigerianischer Ölminister oder indische Geschäftsleute: Die Tore der Barclays Bank und anderer Bankhäuser stehen offen.

Doch die Schweiz, Hongkong, Macau und wie die Offshore-Finanzzentren alle heißen, sind keine Steueroasen – ein wahrer Euphemismus, der vermutlich von den Steuerhinterziehern selbst geschaffen wurde. Die Cayman-Inseln, Singapur, die Bahamas, Jersey und die schon Genannten fügen der Demokratie schweren Schaden zu.

Das ist die Warnung des britischen Journalisten Nicholas Shaxson, der über das System der schwarzen Vermögensanlage geschrieben hat. Dass Steuerschlupflöcher existieren, die es Unternehmen ermöglichen, Gewinne in Nullsteuergebieten abzurechnen, die Kosten aber in Hochsteuerländern, schadet nicht nur der ethischen Pflicht einer gerechten Weltordnung. Sie macht die reichen Länder reicher und die armen Staaten ärmer. Abgesehen von den Gewinnen, die einzelne Staaten auf ihrem Territorium machen, ziehen verlockende Angebote große Vermögen aus armen Ländern ab. Industriestaaten können sich besser gegen immer neue Offshore-Instrumente verteidigen. Den meisten Staaten in Afrika und Südostasien fehlt dagegen das Know-how, und sie verlieren weiteres Kapital.

Nicholas Shaxson: Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben. Aus dem Englischen von Peter Stäuber. Rotpunktverlag Zürich 2011. 416 Seiten. 24,50 Euro.

Dabei haben die Regierenden selbst den größten Anteil am System, das vor allen den weniger entwickelten Staaten große Vermögen vorenthält. Die Briten wussten bei den Verhandlungen zum EG-Beitritt zu verhindern, dass Jersey Steuerrichtlinien der EG übernehmen musste. Ähnlich ein Vierteljahrhundert später in Hongkong: Dass die Kronkolonie nach Übergang in chinesisches Hoheitsgebiet eine weit reichende wirtschaftliche und steuerliche Eigenständigkeit behielt, war nicht nur den Briten wichtig; auch die Chinesen freuten sich über ein eigenes Offshore-Zentrum.

Der Autor prangert auch die Praktiken in Liechtenstein und der Schweiz an. Doch seine größte Kritik gilt dem „britischen Spinnennetz“, dem „wichtigsten und aggressivsten Element des globalen Offshore-Systems“: Die City of London Corporation als „Sperrzone des Schweigens“ sollte abgeschafft werden, fordert er. Entwicklungshilfe solle stärker in die Sicherung der Finanzmärkte unterstützter Staaten fließen. Die Steuersysteme in den Onshore-Ländern müssten reformiert werden. Auch hier macht Shaxson Vorschläge, etwa eine Besteuerung des Bodenwertes. Vor allem aber fordert er eine neue Kultur: Experten, Journalisten und Politiker sollten sich nicht länger bei den Personen anbiedern, die das System missbrauchen. Es ist kein Kavaliersdelikt, Vermögen außer Landes zu bringen. Und solch ein Buch dürfte auch nicht „Schatzinseln“ heißen, sondern „Inseln des Bösen“. *Ulrich Brömmling*

SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Schaden für die Demokratie

Wer einmal die „1000 ganz legalen Steuertricks“ von Konz gekauft hat, kennt das Gefühl, an der Grenze zum Steuerbetrug gerade noch einmal auf der richtigen Seite gelandet zu sein und doch das meiste für sich herausgeholt zu haben. Wer noch stärker davon angetan ist, Steuern zu sparen, hat vielleicht auch schon einmal flüchtig daran gedacht, einen Teil seines Geldes im Ausland anzulegen.

Die Trickserei hat lange Tradition. Schon im 18. Jahrhundert nutzten ausländische Händler die Insel Jersey als Warenumschlagplatz, um englische Zölle zu umgehen. Die Engländer selbst waren nicht besser: Offiziere, die gegen Napoleon gekämpft hatten, zogen sich auf die Insel zurück und sparten die Abgaben auf ihre Pensionen. Heute sind die Kunden des Steuerparadieses Jersey Auslandsbriten in sechsstelliger Zahl, die in Afrika und andernorts arbeiten, aber auch Steuerhinterzieher aus aller Welt. Ob nigerianischer Ölminister oder indische Geschäftsleute: Die Tore der Barclays Bank und anderer Bankhäuser stehen offen.

Doch die Schweiz, Hongkong, Macau und wie die Offshore-Finanzzentren alle heißen, sind keine Steueroasen – ein wahrer Euphemismus, der vermutlich von den Steuerhinterziehern selbst geschaffen wurde. Die Cayman-Inseln, Singapur, die Bahamas, Jersey und die schon Genannten fügen der Demokratie schweren Schaden zu.

Das ist die Warnung des britischen Journalisten Nicholas Shaxson, der über das System der schwarzen Vermögensanlage geschrieben hat. Dass Steuerschlupflöcher existieren, die es Unternehmen ermöglichen, Gewinne in Nullsteuergebieten abzurechnen, die Kosten aber in Hochsteuerländern, schadet nicht nur der ethischen Pflicht einer gerechten Weltordnung. Sie macht die reichen Länder reicher und die armen Staaten ärmer. Abgesehen von den Gewinnen, die einzelne Staaten auf ihrem Territorium machen, ziehen verlockende Angebote große Vermögen aus armen Ländern ab. Industriestaaten können sich besser gegen immer neue Offshore-Instrumente verteidigen. Den meisten Staaten in Afrika und Südostasien fehlt dagegen das Know-how, und sie verlieren weiteres Kapital.

Nicholas Shaxson: Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben. Aus dem Englischen von Peter Stäuber. Rotpunktverlag Zürich 2011. 416 Seiten. 24,50 Euro.

Dabei haben die Regierenden selbst den größten Anteil am System, das vor allen den weniger entwickelten Staaten große Vermögen vorenthält. Die Briten wussten bei den Verhandlungen zum EG-Beitritt zu verhindern, dass Jersey Steuerrichtlinien der EG übernehmen musste. Ähnlich ein Vierteljahrhundert später in Hongkong: Dass die Kronkolonie nach Übergang in chinesisches Hoheitsgebiet eine weit reichende wirtschaftliche und steuerliche Eigenständigkeit behielt, war nicht nur den Briten wichtig; auch die Chinesen freuten sich über ein eigenes Offshore-Zentrum.

Der Autor prangert auch die Praktiken in Liechtenstein und der Schweiz an. Doch seine größte Kritik gilt dem „britischen Spinnennetz“, dem „wichtigsten und aggressivsten Element des globalen Offshore-Systems“: Die City of London Corporation als „Sperrzone des Schweigens“ sollte abgeschafft werden, fordert er. Entwicklungshilfe solle stärker in die Sicherung der Finanzmärkte unterstützter Staaten fließen. Die Steuersysteme in den Onshore-Ländern müssten reformiert werden. Auch hier macht Shaxson Vorschläge, etwa eine Besteuerung des Bodenwertes. Vor allem aber fordert er eine neue Kultur: Experten, Journalisten und Politiker sollten sich nicht länger bei den Personen anbiedern, die das System missbrauchen. Es ist kein Kavaliersdelikt, Vermögen außer Landes zu bringen. Und solch ein Buch dürfte auch nicht „Schatzinseln“ heißen, sondern „Inseln des Bösen“. *Ulrich Brömmling*

SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

:haftsbücher

elbst
or al-
aten
riten
EG-
Steu-
nuss-
päter
nach
ebiet
und
nielt,
auch
eige-

akti-
z an.
oriti-
gsten
alen
ndon
wei-
rdert
n die
cütz-
ne in
efor-
xson
des
er ei-
isten
r bei
stem
rsde-
ngen.
nicht
nseln
uling

SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de